

Antrag

der CDU-Fraktion

Rechtsfrieden für Altanschließer in Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten,

1. die unverzügliche Ausreichung der Kommunaldarlehen durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg sowie der Unterstützungsmittel aus dem Landeshaushalt an Trink- und Abwasserzweckverbände zu veranlassen, damit die betroffenen Bürger zeitnah ihre gezahlten Anschlussbeiträge rückerstattet bekommen. Das Darlehensprogramm soll auch auf bestandskräftige, rechtswidrige Beitragsbescheide ausgeweitet werden.
2. in Abstimmung mit den Trink- und Abwasserzweckverbänden, Kommunen, kommunalen Spitzenverbänden und weiteren betroffenen Verbänden dem Landtag einen Vorschlag zur Überarbeitung des Kommunalabgabenrechts bis zum zweiten Quartal des Jahres 2018 vorzulegen.

Das Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg soll in einem Bundesländervergleich überprüft und geeignete Änderungsvorschläge unterbreitet werden, durch die die Grundsätze der Transparenz, der Abgabengerechtigkeit, der Äquivalenz, der Wirtschaftlichkeit und des Rechtsschutzes noch effektiver ausgestaltet werden. Weitere Ziele sind der Abbau von Bürokratie und eine geringere Klageanfälligkeit.

Insbesondere soll eine Musterverfahrensregelung im Kommunalabgabengesetz eingeführt werden, so dass bei Widersprüchen in gleich gelagerten Fällen die Widerspruchsbehörde geeignete Verfahren der abgabenpflichtigen Bürger als Musterverfahren auswählt und vorrangig entscheidet.

Begründung:

Auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur rückwirkenden Festsetzung von Kanalanschlussbeiträgen sind Trink- und Abwasserzweckverbände in Brandenburg verpflichtet, gezahlte Anschlussbeiträge betroffener Bürger zeitnah zurückzuerstatten. Deshalb ist es notwendig, dass die Ausreichung der Kommunaldarlehen durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg sowie der Unterstützungsmittel aus dem Landeshaushalt an Trink- und Abwasserzweckverbände unverzüglich veranlasst wird. Die Belastung durch rechtswidrige Beitragszahlungen besteht unabhängig davon, ob Bestandskraft eingetreten ist oder nicht. Durch die Gleichbehandlung der beiden betroffenen Gruppen kann

Eingegangen: 09.05.2017 / Ausgegeben: 09.05.2017

Rechtsfrieden geschaffen und das Vertrauen in den Rechtsstaat gestärkt werden, ohne dass langjährige Staatshaftungsprozesse abgewartet werden müssen.

Außerdem hat es in verschiedenen Bundesländern in den vergangenen Jahren mehrfach Gesetzesänderungen oder Neufassungen der Kommunalabgabengesetze gegeben. Es wurde zum Teil auf Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reagiert, aber auch die Bürgerfreundlichkeit verbessert und praktikablere Regelungen eingeführt. Die Kommunalabgabengesetze der Bundesländer unterscheiden sich an verschiedensten Stellen. Das Kommunalabgabengesetz des Landes sollte deshalb überprüft und durch geeignete Änderungsvorschläge modernisiert werden. Der Spremberger Wasser- und Abwasserzweckverband hat bereits darauf hingewiesen, dass das Abgabengesetz zu unflexibel sei.

Im Streit um Staatshaftungsansprüche aus der Rückerstattung von Anschlussbeiträgen an betroffene Bürger hat sich das Ministerium des Innern und für Kommunales für ein Musterverfahren der Trink- und Abwasserverbände ausgesprochen. Der Minister des Innern und für Kommunales Karl-Heinz Schröter bezeichnete diesen Schritt als sinnvolle Lösung: „Man spart hier sicherlich eine Menge Geld und hat dann ein Ergebnis, das für die anderen Zweckverbände Rechtssicherheit bedeutet.“ Vor diesem Hintergrund ist es nur sinnvoll und zweckmäßig, eine Musterverfahrensregelung im Kommunalabgabengesetz einzuführen, damit auch der effektive Rechtsschutz abgabenschuldiger Bürger verbessert wird. Die Durchführung von Musterverfahren dient der Schaffung von Rechtssicherheit für die Beteiligten. Neben der Kostenersparnis für die beteiligten Bürger und Gemeinden trägt dies durch mehr Transparenz und leichtere Überprüfbarkeit dazu bei, die Akzeptanz für die Satzungen bei den betroffenen Bürgern zu erhöhen. Schließlich werden durch Musterverfahren auch die Einheitlichkeit der Rechtsanwendung gesichert und die Verwaltungsgerichte entlastet.